

NGG voran – wir gestalten die Zukunft

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere NGG ist die älteste Gewerkschaft Deutschlands – in zwei Jahren feiern wir gemeinsam unser 150-jähriges Bestehen.

Wir haben eine bewegte Geschichte – 150 Jahre NGG bedeuten vor allem 150 Jahre Kampf um ein besseres Leben, und dieser Kampf war niemals leicht. Wir haben viel Gegenwind erfahren, sind verboten und zerschlagen worden und nach 45 Jahren Prosperität in der alten Bundesrepublik hat man uns in den Jahren nach der Wiedervereinigung oft totgesagt. Wir haben aber immer unseren Platz behauptet und Widerstand geleistet – in den dunkelsten Jahren der deutschen Geschichte sogar im Untergrund.

Nach unserer Neugründung nach dem Krieg waren wir erfolgreich in unserer Arbeit und haben politische Themen gesetzt, wir waren Vorreiter bei der 40-Stunden/Woche, beim Vorruhestand und bei den einheitlichen Entgelttarifverträgen. Tarifvertraglich gesicherte Altersvorsorge – die Initiative Mindestlohn – die Abwehr der Verlängerung der Arbeitszeit und die Kampagne Faire Arbeit sind die erfolgreichen Schwerpunkte der letzten Jahre gewesen.

Diese Erfolge und das Wissen um den immer währenden Kampf um gute Bedingungen für unsere Mitglieder bleiben auch in Zukunft unser Auftrag. Heute und morgen beraten und entscheiden wir gemeinsam die Anträge, die unser Handeln für die kommenden fünf Jahre bestimmen sollen. Unser Anspruch bleibt auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der Gesellschaft zu spielen und auch als kleine Gewerkschaft im DGB wichtige Impulse zu geben.

Auf der politischen Bühne in Deutschland, in Europa und international über unsere Organisationen, und in unseren Branchen – von der Ernährungsindustrie über das Nahrungsmittelhandwerk zum Gastgewerbe: überall stehen wir vor großen Herausforderungen, aber auch intern gibt es welche. Gestattet mir der Reihe nach vorzugehen.

(Politische Fragen)

Am 22. September haben wir ein Wahlergebnis erhalten, das uns zeigt, wie sehr sich die Menschen in Deutschland derzeit offenbar wohlfühlen.

Die Wahlbeteiligung ist nicht gesunken – radikale Parteien sind nicht in den Bundestag gekommen, auch die FDP wird nicht mehr gebraucht, es wurde viel von Königin Angela mit den „Händen zur Raute“ gesprochen, und fast hätte es zur absoluten Mehrheit der CDU/CSU gereicht. Wer hätte das vor einem Jahr gedacht...

Na ja! Man kann ja durchaus sagen, dass Deutschland auch vergleichsweise gut durch die Finanzkrise gekommen ist, dafür haben die Konjunkturprogramme der großen Koalition 2005-2009 gesorgt. So stehen wir in Europa fast allein mit Wachstum, steigender Beschäftigung und hohen Steuereinnahmen da – und das scheint den Menschen gefallen zu haben: Beinahe hätten die Wählenden die Untätigkeit der schwarzgelben Regierung mit einem zweiten Regierungsauftrag belohnt – mehr Stimmen als Rot-Rot-Grün haben sie jedenfalls erhalten. Nur dem Glück – oder sagen wir dem mangelnden strategischen Geschick der FDP – ist es zu verdanken, dass sich die CDU eine Koalitionspartnerin aus den Reihen der bisherigen Oppositionsparteien suchen muss.

Derzeit stehen die Uhren wohl auf eine dritte Koalition aus CDU/CSU und SPD: jedenfalls legt sich seit klar ist, dass sie darüber verhandeln, wieder eine Friede-Freude-Eierkuchen-Stimmung über's Land.

Ich sage hier in aller Deutlichkeit: dieses Wiegen im Wohlgefühl kann uns noch teuer zu stehen kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es nicht gelingt die sich für alle Generationen stellenden Zukunftsfragen zu beantworten.

Wir hören immer: Bildung ist Zukunft. Es ist die Investition in die Zukunft unseres Landes.

Warum sind dann die Bildungschancen in Deutschland so ungerecht verteilt?

Fast 1,5 Millionen Frauen und Männer unter 25 Jahren haben bei uns keine Berufsausbildung, seit Jahren verlassen fast 10 Prozent aller jungen Menschen die Schule ohne einen Abschluss. Wir haben mittlerweile eine Bildungspolitik, die aussiebt anstatt zu fördern.

Das ist ein unerträglicher Zustand! Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt und vernachlässigen die Bildungschancen unserer Kinder! Und nicht nur das: Wir haben uns auch vom Prinzip der Chancengleichheit schleichend verabschiedet! Bildungschancen sind wie in keinem anderen Land vom Geldbeutel und dem gesellschaftlichen Status der Eltern abhängig. Das muss aufhören, Kolleginnen und Kollegen, Bildung für alle ist in einer Demokratie eine Kernaufgabe!

Es ist auch machbar, diesen Zustand zu ändern. Würden wir unsere finanziellen Mittel nicht mit der Ausschüttung des Betreuungsgeldes vergeuden, sondern in den Ausbau frühkindlicher Bildung stecken, wenn wir zusätzlich Ganztagschulen ausbauen und sogenannten Risikoschülern zusätzliche Pädagogen zur Seite stellen, wenn wir insbesondere in den Schulen, in denen vorwiegend Kinder aus sozial schwächeren Familien unterrichtet werden, den Schlüssel für Lehrerinnen und Lehrer und pädagogisches Personal verbessern und ihnen Lernmittel stellen, dann kann Chancengleichheit in der Zukunft wieder hergestellt werden – und vielleicht sind wir dann auch bei den Pisatests wieder im oberen Viertel zu finden!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, zu dem vermeintlichen Wohlgefühl im Land gehört, dass die Medien vor wenigen Tagen verkündet haben, dass es im Jahr 2014 in Deutschland mit 42 Millionen Menschen so viel Beschäftigte wie noch nie geben wird. Klingt erstmal gut, oder?

Mich erinnert diese Meldung stark an eine Anekdote von vor über 15 Jahren, als der amerikanische Präsident Bill Clinton im Kampf um seine Wiederwahl mit zusätzlich geschaffenen Jobs warb, als auf einer Wahlversammlung jemand aufstand und sagte: „Genau – und ich hab drei davon!“.

Diese Entwicklung melden unsere Medien ebenfalls – etwas versteckter: so viele Deutsche wie nie – mehr als doppelt soviel wie vor zehn Jahren – nämlich 2,7 Millionen Menschen haben einen Zweitjob! Rekordbeschäftigung heißt also im Klartext: von 42 Millionen Jobs sind 2,7 Millionen von Menschen besetzt, die noch einer weiteren Beschäftigung nachgehen! In den wenigsten Fällen geschieht das, um sich etwas zusätzlich leisten zu wollen: ein neues Auto, einen schönen Urlaub oder vielleicht eine neue Sitzgarnitur. Nein, der größte Teil dieser Menschen hat diesen Zweitjob, weil es mit dem ersten nicht fürs Leben reicht. Sie arbeiten im Einzelhandel, im Gastgewerbe, im Wachdienst, in der Leiharbeit. Und die Mehrheit von ihnen sind Frauen und kommen aus Ostdeutschland.

Hinzu kommt: In den meisten Familien mit Kindern sind mittlerweile zwei Erwerbseinkommen erforderlich, um einen mittleren Lebensstandard zu erzielen. Im Westen gelingt dies in mehr als 40% der Familien mit Kindern auch nicht einmal mehr mit zwei Erwerbseinkommen, im Osten sind es sogar fast 50%, wo kein mittlerer Lebensstandard erzielt wird – das hat die Uni Bremen im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung herausgefunden.

Und dies zeigt, dass es um die Qualität von Beschäftigung immer schlechter bestellt ist.

Seit Mitte der 90er Jahre haben die Arbeitsbeziehungen weitreichende Veränderungen erfahren, sind nicht nur durch Dezentralisierung von Tarifverträgen und Europäisierung von Rechtsnormen in ihrer Struktur beeinflusst worden (dazu später), sondern maßgeblich auch durch die zunehmende Ungleichheit aufgrund deutlich höherer Abstände zwischen hohen und niedrigen Arbeitseinkommen. In Deutschland sind Einkommen mittlerweile fast so ungleich verteilt wie in Großbritannien.

Ursache ist zum einen die abnehmende Tarifbindung, (auch dazu komme ich noch später), zum anderen aber der wachsende Niedriglohnsektor nach den Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010.

Deshalb brauchen wir eine neue Ordnung der Arbeit! Wir haben dazu viele Versprechen von Ursula von der Leyen und Sigmar Gabriel gehört. Daran werden wir sie in knapp zwei Wochen und dann im Verlauf der nächsten vier Jahre messen.

Und das Allererste, was zu tun ist: Von dem, was man für eine in Vollzeit ausgeübte Beschäftigung verdient, muss man sein Auskommen bestreiten können.

Dieser Grundsatz muss die Leitlinie bleiben. Deshalb brauchen wir den Mindestlohn von 8,50€ jetzt und flächendeckend im gesamten Land – in Ost und West! Nicht nur auf dem Papier, sondern einklagbar und ohne Verfristung – mit staatlichen Kontrollen und Haftung der Unternehmen auch für an Subunternehmer vergebene Aufträge.

Leiharbeit, Werkverträge und befristete Einstellungen waren einmal gedacht als Instrumente zur Abdeckung von Auftragsspitzen. Ihr ungebremsster Einsatz hat in den letzten zehn Jahren ein Ausmaß erfahren, das zum Himmel schreit! Deshalb muss gleich nach der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns die Gleichbehandlung für gleiche Tätigkeiten auf der Tagesordnung stehen – Equal Pay für Leiharbeit und Werkverträge sowie das Verbot einer sachgrundlosen Befristung sind das Gebot der Stunde.

Auch der zunehmenden Ausweitung von Minijobs muss Einhalt geboten werden. Deshalb fordern wir, dass für jede ausgeübte Beschäftigung Beiträge zur Sozialversicherung entstehen müssen. Denn auch die Minijobs tragen in hohem Maße zur Altersarmut bei. Und das gilt insbesondere für Frauen, sie machen zwei Drittel der Minijobbenden aus. Minijobs sind keine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt, sondern eine Sackgasse. Minijobs sind ein Synonym für Altersarmut. Leider war dazu in den Reden von Gabriel und von der Leyen nichts zu hören und meine Befürchtung ist, dass die Minijobreform bei den Koalitionsverhandlungen auf der Strecke bleibt. Das wäre fatal für alle, die durch diese Form

der Arbeit aus dem Raster der Sozialversicherung fallen. Deshalb: auch die Reform der Minijobs gehört zur neuen Ordnung der Arbeit hinzu.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wenn Menschen sich in wenig geschützten Arbeitsverhältnissen befinden - wie Leiharbeit, Befristungen, erzwungene Teilzeitarbeit und auch in mehreren Minijobs - hat das Auswirkungen auf die Gesundheit. Denn die Sorge um Arbeit und Verdienst ist eine fundamentale psychische Belastung. Was kann einem mehr auf den Magen schlagen als die Frage, wie man gewährleisten kann, ihn absehbar mit gutem Essen und Trinken zu versorgen.

Wir sagen: Arbeit darf nicht krank machen. Es muss darum gehen, lange gesund leben zu können.

Das ist keine Privatsache der Beschäftigten, sondern Auftrag und Aufgabe der Arbeitgeber hier zu helfen, anstatt die Beschäftigten weiter auszupressen. Denn der Druck am Arbeitsplatz nimmt zu. Leute leisten immer mehr in immer kürzerer Zeit. Es wird mehr verlangt, und schärfer kontrolliert. Stellen werden einfach weggekürzt, Ziele werden höher gesetzt und immer mehr Menschen gehen wegen psychischer Erkrankung in die Erwerbsminderungsrente, mit hohen Abschlägen.

Deshalb ist es gut, dass das Thema der psychischen Belastungen in den Arbeitsschutz Einklang gefunden hat. Jeder Arbeitsplatz ist nach dem Arbeitsschutzgesetz nunmehr in seiner Gefährdungsbeurteilung auch auf psychische Belastungen zu begutachten. Das ist ein Anfang. Dass psychische Belastungen auch einer von drei Schwerpunkten der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie bis 2018 geworden sind, ist ebenfalls gut und wichtig. Aber es braucht Maßnahmen, die diese Problematik in alle Betriebe durchdringen lässt. Die Initiative des Bundesrats für eine Anti-Stress-Verordnung ist aus diesem Grund außerordentlich zu begrüßen und wir fordern die nächste Bundesregierung auf, zum einen daraus tatsächlich eine gültige Verordnung zu machen und zum anderen bei

der Erwerbsminderungsrente – unabhängig von deren Ursache - die jetzigen Härten zu entschärfen.

Wer lange und hart gearbeitet hat und gesundheitlich beeinträchtigt ist, darf nicht allein gelassen werden und in immer größer werdende Sicherungslücken abstürzen. Verbesserte Zurechnungszeiten und Bewertungen, und vor allem die Abschaffung der Abschläge sind vordringliche Ziele: Niemand sucht sich eine Erwerbsminderung freiwillig aus, Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wenn wir von Guter Arbeit reden, reden wir auch über Mitbestimmung. Wir brauchen mehr davon, denn Gute Arbeit lebt von Beteiligung. Je mehr die Beschäftigten an der Gestaltung ihres Arbeitsplatzes beteiligt sind, desto besser gelingt es, gute Arbeitsbedingungen zu erzielen. Mitbestimmung ist ein wichtiger Baustein für gute Arbeit, für den Abbau von Stress und für altersgerechtes Arbeiten. Konkret heißt das: wir setzen uns ein für ein erweitertes Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates in allen Fragen, die mit guter Arbeit zu tun haben und insbesondere bei der Gefährdungsbeurteilung. Wir wollen, dass künftig die Gründung von Betriebsräten schnell und ohne überflüssige Hürden möglich ist, damit Arbeitgeber nicht mehr auf Zeit spielen und versuchen können, uns auszubremsen. Wir setzen uns ein für verbesserte Voraussetzungen für eine erleichterte Wahl von Betriebsräten, für verschärfte Sanktionen gegen Arbeitgeber, die Betriebsratswahlen und die Arbeit der Betriebsräte behindern und für eine Verbesserung des Kündigungsschutzes für Betriebsräte. Der Staat kann nicht tolerieren, dass Betriebsräte mit konstruierten Kündigungen wie bei Yiko gefeuert werden! Sigmar Gabriel hat recht, wenn er sagt, dass sich Unternehmen in Deutschland zur freien demokratischen Grundordnung, zum Grundgesetz und damit zur Anerkennung von Gewerkschaftsrechten und zur Betriebsverfassung bekennen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur 18% der Beschäftigten haben in diesem Jahr in einer Umfrage des DGB angegeben, dass sie gut oder sehr gut von ihrer Rente werden leben

können. Mehr als 80% der Beschäftigten in diesem Land glaubt nicht mehr in Würde alt werden zu können - mit einer auskömmlichen Rente. Kolleginnen und Kollegen, Franz-Josef Möllenberg hat es gesagt: da tickt wirklich eine Bombe und wenn hier nichts getan wird, hat das verheerende Auswirkungen auf den sozialen Frieden in diesem Land.

Und deshalb müssen wir, gemeinsam mit dem DGB, alles dafür tun und aktiv daran mitarbeiten, dass noch in diesem Jahrzehnt ein Umdenken in der Rentenpolitik stattfindet.

Das gigantische Rentenkürzungsprogramm „Rente mit 67“ lehnen wir auch weiter ab. Man muss abschlagsfrei flexibel in den Altersruhestand wechseln können, wenn ausreichende Beitragszeiten erfüllt sind. 45 Jahre sind lang, Kolleginnen und Kollegen – kaum eine Frau kann dies schaffen, wenn sie wegen der Kindererziehung mit der Arbeit aussetzt. Deshalb müssen wir auch hier zu geschlechtergerechten Lösungen kommen und dazu gehört die magische Zahl von 45 Beitragsjahren noch einmal auf den Prüfstand! Man muss aber auch vorher das Recht bekommen in Teilzeit zu wechseln, wenn die Kräfte für eine Vollzeitbeschäftigung nicht mehr reichen und selbstverständlich muss es dafür einen Entgeltausgleich geben!

Wir sehen uns grundsätzlich bestätigt in unseren tarifpolitischen Lösungen zur betrieblichen Altersvorsorge, die viele Härten abfedert.

Aber die Entwicklung zeigt: Die gesetzliche Rente muss wieder deutlich gestärkt werden - die Politik muss bereit sein, hier wieder Gerechtigkeit herzustellen. Die Idee einer kapitalgestützten Rente ist allein schon wegen der Entwicklung auf den Finanzmärkten und den Auswirkungen auf die Zinsentwicklung jedenfalls gescheitert.

Rente muss vor Armut schützen und den Lebensstandard sichern! Die weitere Absenkung des Rentenniveaus von jetzt 52% auf 43% gehört abgeschafft!

Wir haben gemeinsam mit dem DGB vorgelegt, wie eine gute Renten- und Gesundheitspolitik über eine Demografiereserve finanzierbar ist. Langfristig darf sich die gesetzliche Rente nicht mehr an der Frage einer Beitragsgrenze orientieren, sondern an der

Frage, was eine angemessene Leistung für die Menschen an Beiträgen kostet: Rente ist auch eine Anerkennung der Lebensleistung, Kolleginnen und Kollegen.

Deshalb: Die Umkehr in der Rentenpolitik ist die zentrale sozialpolitische Aufgabe für den Rest dieses Jahrzehnts. Ansätze zu Solidar- oder Lebensleistungsrenten, zur Mütterrente der wahrscheinlichen Koalitionsparteien sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber es ist ähnlich wie beim Mindestlohn – sie sind das Mindeste, aber es geht um mehr!

Denn die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte hat dazu geführt, dass der Staat immer mehr nur als Gewährleistungsstaat fungiert, nur für Grundsicherungen sorgt, und ansonsten den Märkten und dem Wettbewerb freien Lauf lässt.

Dieser Trend koppelt jeden ab, der bspw. nicht privat krankenversichert oder in der Lage ist, sich über sein Einkommen zusätzliche Vorsorge zu leisten.

Die solidarische Finanzierung der Leistungen durch die Gemeinschaft war immer die Basis für den sozialen Zusammenhalt. Der Staat darf sich nicht länger von diesem Solidargedanken abkehren.

Nicht nur die Geringverdienenden sind davon betroffen, dass ihre Lage immer prekärer wird, sondern zunehmend auch die Mittelschicht.

Deshalb fordern wir nicht nur die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung durch Arbeitgeber und Beschäftigte, sondern auch die Sicherstellung einer Daseinsvorsorge in allen Teilen der Republik mit einer sicheren Energie- und Wasserversorgung und mit sozialer Infrastruktur und funktionierender Gesundheitsversorgung. Die Netze zur Energie- und Wasserversorgung gehören wieder flächendeckend in staatliche Hand! Schade, dass es in Berlin beim Volksentscheid nicht für eine Mehrheit gereicht hat.

Das ist die Chance der neuen Regierung, denn ein handlungsfähiger, gut ausgestatteter und produktiver Sozialstaat zieht positive wirtschaftliche Effekte nach sich.

Die Zeit ist reif für eine neue Ordnung der Arbeit – für den gesetzlichen Mindestlohn, für eine Reform der Minijobs, Begrenzung von Leiharbeit und Werkverträgen, Verbot der sachgrundlosen Befristung, und für gute Arbeit, verbesserte Mitbestimmung, für robuste, soziale Sicherungssysteme und eine funktionierende Daseinsvorsorge!

Liebe Koalitionäre in spe - es gibt also viel zu tun, wenn sich die Menschen im Land auch in der Zukunft wohlfühlen sollen.

(Internationales)

Nehmen wir Europa in den Blickpunkt – Europa ist wichtig für uns: Die Idee von Europa hat uns über Jahrzehnte Frieden gebracht – das dürfen wir nicht gefährden. Doch die Politik von Frau Merkel in Europa ist gefährlich, nicht nur weil sie mittelfristig Auswirkungen auf den Sozialstaat in Deutschland haben wird. Wenn man die vier Jahre schwarzgelbe Koalition kennzeichnen will, dann vielleicht so: in Deutschland nicht wirklich etwas tun, dafür Europa knallhart neoliberal wandeln und den zunehmenden Einfluss der EU auf die nationale Politik in eine falsche Richtung drücken.

Das ist gefährlich, weil sich Frau Merkel weitgehend mit einem knallharten Kurs zum Schuldenabbau auf Kosten der Bevölkerung in den betroffenen Krisenländern durchgesetzt hat. Das Feindbild des hässlichen Deutschen, das wir mühsam über Jahrzehnte versucht haben abzubauen, es taucht auf den Demonstrationen in Südeuropa schon wieder auf.

Das sind keine guten Entwicklungen und ich erinnere an die Worte von Martin Schulz auf unserem Gewerkschaftstag 2008: „Was uns kaputt macht, ist die Gefühllosigkeit gegenüber diesem wunderbaren Projekt in Europa“.

Ich füge hinzu: es ist insbesondere eine Gefühllosigkeit gegenüber der Jugend in Europa! Angesichts der dramatischen Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Ländern, aber auch in Frankreich muss etwas getan werden. Es darf nicht sein, dass eine ganze Generation um Lebenschancen aufgrund einer durch Banken ausgelösten Finanzkrise

gebracht wird. Wenn diese Generation verloren geht, geht Europa verloren! Die Banken sind gerettet durch den Rettungsschirm... was wir jetzt so schnell wie möglich brauchen, ist ein echter, unbürokratischer Rettungsschirm für die Jugend in Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Dieser Rettungsschirm muss eine Jugendbeschäftigungsgarantie verbindlich sicherstellen und einen Fonds als Gemeinschaftsprogramm auflegen – die Projekte der Europäischen Sozialfonds sind auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu fokussieren und der Fortschritt des Abbaus der Arbeitslosigkeit junger Menschen ist nachhaltig zu überwachen.

Wir können und dürfen uns in einem friedlichen Europa keine verlorene Generation leisten!

Das bedeutet: Wir brauchen einen klaren Politikwechsel in Europa für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – ein soziales, gerechtes und demokratisches Europa, in dem die Menschen in Würde leben und arbeiten können.

Dazu gehören das Bekenntnis zu guter Arbeit, zu fairer Mobilität und sozialer Sicherheit. Dazu gehören Zukunftsinvestitionen in ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa und dazu gehört ein Programm demokratischer Reformen, mehr Teilhabe und starker Grundrechte der Menschen in Europa.

Der Stellenwert der Arbeitsbeziehungen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss stärker in den Mittelpunkt der Politik geraten: Europäische Betriebsräte müssen deutlich größere Einflussmöglichkeiten für die Beschäftigten erhalten – und die sozialen Standards müssen über die wirtschaftlichen Grundfreiheiten der EU gestellt werden.

Auch dafür brauchen wir einen starken DGB und starke internationale Organisationen. Reiner Hoffmann als künftiger Vorsitzender des DGB ist eine gute Wahl, denn er ist überzeugter Europäer. Unsere internationalen Organisationen, die EFFAT und die IUL leisten ebenfalls hervorragende Arbeit. Und wir werden unser Gewicht dort auch in der Zukunft einbringen.

Harald Wiedenhofer als Generalsekretär der EFFAT hat bereits zu uns gesprochen – seine Gedanken, dass Deutschland als wirtschaftlich reichstes Land in Europa aus der sozialpolitischen Schmutzdecke heraus muss und seine Forderung nach einem Finanz-TüV, der dafür sorgen soll, dass die Machenschaften der Banken und Finanzinstitute ebenso scharf kontrolliert werden wie das Verbot der Glühbirne, haben mir aus dem Herzen gesprochen.

Sorgen wir dafür, dass Europa sozialer wird: Dafür ist die Europawahl ein wichtiger Meilenstein – vor fünf Jahren hat Martin Schulz schon hier vor einem Rechtsruck bei der Europawahl gewarnt. Leider ist es dazu gekommen. Nächstes Jahr aber ist wieder Wahl und diesmal können wir das korrigieren und das Europäische Parlament wieder nach links rücken lassen.

Gelingt uns dies nicht und bleibt es bei der politischen Agenda den zunehmenden Einfluss der EU auf die nationale Politik in eine falsche Richtung zu drücken, dann werden die europakritischen Stimmen zunehmen.

In den Ländern, wo die Krise stärker durchschlägt, sind rechtspopulistische Parteien auf dem Vormarsch. In Griechenland hat die rechtsextreme „Griechische Morgenröte“ bei den letzten Wahlen erheblichen Zulauf bekommen und es gibt die große Gefahr, dass sie bei Neuwahlen noch stärker wird – auch das ist ein Zeichen dafür, dass die europäische Integration andere Lösungen erfordert als die bisherigen.

Hier in Deutschland ist der Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl ein ernst zu nehmendes Signal. Die pleite gegangene NPD tut alles dafür, bei der Europawahl mindestens einen Abgeordneten nach Straßburg zu schicken – schließlich gilt hier nicht die 5, sondern nur eine 3%-Hürde. Auch das zeigt wieder, wie wichtig ein NPD-Verbot ist!

Einen weiteren dringenden Grund dafür haben wir vor vier Tagen erlebt: am 09. November jährte sich zum 75. Mal die Reichspogromnacht. An vielen Orten haben wir diesem Ereignis, das die von unseren Vorfahren über Juden, Andersdenkende, Sinti und Roma gebrachte

Schande symbolisiert, würde- und pietätvoll gedacht. Aber es gab auch in einigen Städten Demonstrationen gegen Flüchtlingsheime – von Nazis oder ihnen nahestehenden Organisationen. In Duisburg hat die rechte Organisation PRO-NRW ihre Demo bis zum Bundesverfassungsgericht durchgeklagt. Unser höchstes Gericht hat die Veranstaltung dann erlaubt, und sie wurde zum Teil durch heftigen Polizeieinsatz durchgesetzt.

Es ist klar, wie die Nazis vorgehen: sie schüren der Bevölkerung Vorbehalte gegen Flüchtlingsheime und machen gezielt Stimmung gegen Flüchtlinge. An einzelnen Orten gibt es mittlerweile gemeinsame Fackelmärsche von Nazis und Bürgern vor den Unterkünften der Flüchtlinge – das erinnert erschreckend an die rassistischen Angriffe und Pogrome der frühen 1990er Jahre.

Deshalb: Klare Kante gegen Nazis! Auf der Straße und bei den Wahlen. Diese Gesinnung muss bekämpft werden, wo immer sie auftaucht. Aber es gilt auch, dieser Gesinnung keinen Anlass zu bieten sich zu entwickeln. Dafür haben wir auch 75 Jahre nach der Reichspogromnacht in Deutschland immer noch eine besondere Verantwortung.

Auch deshalb ist es so wichtig, für einen Jugendrettungsschirm, eine soziale Infrastruktur und gute Bildungschancen in Deutschland und in Europa zu kämpfen. Wo wir dies erreichen, haben die rechten Rattenfänger keine Chance.

Wir müssen verhindern, dass die Wirtschaftskrise zu einer Krise der europäischen Idee wird – Rechtspopulisten und Nazis in aller Welt muss Paroli geboten werden. Die Spaltung verläuft nicht zwischen den Grenzen der Länder, sondern zwischen denen, die die Krise verursacht haben und denen, auf deren Schultern ihre Auswirkungen lasten.

Und das gilt nicht nur innerhalb der europäischen Länder, es ist auch ein weltweites Thema – denn wir erleben immer stärker, wie sich Europa als der reichste Binnenmarkt der Welt von den restlichen Ländern abschottet.

Das Bild der „Festung Europa“ hat durch die Katastrophe der ertrunkenen Flüchtlinge vor Lampedusa ein hässliches Symbol bekommen. Solche Ereignisse stehen uns nicht gut zu Gesicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber sie sind ein Ergebnis der europäischen Asylpolitik, zu der auch Deutschland erheblich beiträgt.

Ja, wir wollen anders leben als in einem staatlich gelenkten Kapitalismus ohne demokratische Mitwirkung, ohne Menschenrechte und ohne Mitbestimmung in den Betrieben. Wir wollen auch nicht in despotischen Diktaturen, wo die Willkür zum Herrschaftsprinzip wird. Dazu gehört auch um die Demokratie als Gesellschaftsform immer wieder zu werben und sie auch gegenüber allen Formen der Bedrohung wehrhaft zu machen.

Eine „Festung Europa“ brauchen wir aber nur, wenn die Demokratie bedroht ist – nicht um uns gegen alle Form der Einwanderung zu wehren. Diese krasse abweisende Politik muss sich ändern, Schutzsuchenden muss die gefahrlose Einreise ermöglicht werden. Europa muss Einwanderung zulassen – Lampedusa ist überall!

Die europäischen Werte – die Menschenrechte, die Anerkennung der Würde des Menschen, sie dürfen nicht an unseren Grenzen enden oder ins Gegenteil verkehrt werden.

Und wir kämpfen weltweit für Gewerkschaftsrechte, für die Rechte der abhängig Beschäftigten - und da gibt es viel zu tun, auch mit Konzernen, mit denen wir in Deutschland eine gute Sozialpartnerschaft pflegen. Nach mir wird heute Ron Oswald, der Präsident der IUF sprechen, ich will ihm nicht seine Themen vorweg nehmen, deshalb gestattet mir, heute keinen weiteren internationalen Schwerpunkt zu setzen. Ron, sei uns herzlich willkommen!

(Branchen)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lasst mich nun zu unserer Branchenpolitik kommen.

Was sich wie ein roter Faden durch alle unsere Branchen zieht, ist die Herausforderung des demografischen Wandels.

Der Prozess der alters- und altersgerechten Arbeit kommt mühsam in Gang. Unsere Initiative „Faire Arbeit – gutes Leben“ leistet gute Arbeit in Pilotbetrieben – was uns Sorge macht und antreiben muss, ist die Frage wie das Thema unsere Branchen durchdringen kann. Das muss auch bei den Arbeitgebern ankommen. Wir müssen Arbeit altersgerecht gestalten, aber genauso gilt es die Beschäftigungsfähigkeit während des gesamten Beruflebens systematisch zu fördern. In den Betrieben, in denen das Auspressen der Belegschaften noch an der Tagesordnung ist, muss endlich ein Umdenken stattfinden.

Denn alle Beschäftigten haben einen Anspruch darauf, gesund alt werden zu können. Das muss unser Ziel in den nächsten Jahren sein: die geschlechtergerechte Gestaltung des demografischen Wandels. Unser wichtigstes Steuerungsinstrument dafür wird unsere Tarifpolitik sein.

Tarifpolitik bleibt das Herzstück unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Dazu gehört auch, dass die Tarifbindung die Arbeitsverhältnisse in der Ernährungsindustrie, im Nahrungsmittelhandwerk und im Gastgewerbe stärker durchdringt. Seit 1995 nimmt der Anteil der Beschäftigten, für die ein Tarifvertrag gilt, kontinuierlich ab, denn die Arbeitgeber sind immer weniger in der Lage für eine gesamte Branche Tarifverträge abzuschließen.

Wirtschaftlicher Druck, Unzufriedenheit einzelner Arbeitgeber mit der Tarifarbeit ihrer Verbände oder einfach nur ein Aufspringen auf neoliberale Trends – die Arbeitgeberverbände hatten über die Jahre ebenfalls mit Austritten zu tun. Um dem etwas entgegenzusetzen, bieten einige Arbeitgeberverbände die Möglichkeit der Mitgliedschaft ohne Tarifbindung an. Im Gastgewerbe können sich Arbeitgeber in 10 von 18 Landesverbänden ohne Tarifbindung im Dehoga organisieren!

Wir begrüßen es, wenn Arbeitgeberverbände die OT-Mitgliedschaft ausdrücklich nicht zulassen. Wir erwarten, dass all die anderen aufhören, OT-Mitgliedschaften zu fördern, sondern sie stattdessen wieder zurückführen!

Wir sind im Häuserkampf erfahren, liebe Kolleginnen und Kollegen – soviel Tarifverträge wie wir schließt keine andere Gewerkschaft ab – und genauso erfahren sind wir mit differenzierten flexiblen und betrieblichen Lösungen in einem Flächen-Tarifvertrag. Gerade deswegen sagen wir: OT-Mitgliedschaft ist Mist!

Und zu einer guten Durchdringung gehört auch, dass die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtert wird. Das begegnet der Tariffucht und hier ist die Politik gefordert. Auch dazu gab es klare Aussagen von Sigmar Gabriel und ich sage: das Versprechen haben wir gehört: jetzt muss es auch gehalten werden.

Und genauso gehört dazu, dass das Prinzip „ein Betrieb, eine Gewerkschaft“ gesetzlich abgesichert wird, und zwar ohne Einschränkung des Streikrechts.

Wir sind uns mit unserer eigenen Tarifpolitik klar: Tarif gibt es nur aktiv, und das meinen wir ernst. Denn den tarifpolitischen Herausforderungen, die auf uns warten, können wir nur mit Stärke entgegenen.

Dazu gehört auch unsere Forderung des „Equal Pay“, also die gleiche Bezahlung für die gleiche und gleichwertige Arbeit im Betrieb. Da geht es um die gleiche Bezahlung von Leiharbeit zu Stamarbeit, da geht es aber genauso um die gleiche Bezahlung zwischen Männern und Frauen. Wir haben mit dem EG-Check, dem „Entgeltgleichheits“-Check mittlerweile ein gutes Handwerkszeug, um zu einer gerechten Beurteilung zwischen Männern- und Frauenlöhnen zu kommen.

Deshalb setzen gerade wir Gewerkschaftsfrauen uns für eine Anwendung dieses Instruments ein und freuen uns, wenn ihr nachher die dazu gemeinsam – und nicht nur von uns Frauen – eingereichten Anträge verabschiedet.

Doch wir wissen: Check alleine genügt nicht, wir müssen auch den zweiten Schritt tun und Entgeltdifferenzen abbauen, mit Tarifverträgen und mit Eingruppierungsinitiativen. Auch dafür werden wir weiter kämpfen müssen, Kolleginnen und Kollegen!

Die Fleischindustrie hat in diesem Jahr eine verstärkte öffentliche Wahrnehmung erfahren – das ist insofern wichtig, als dass die von uns seit langer Zeit angezeigten Missstände eine breite Aufmerksamkeit bekommen haben. Lange Zeit waren wir einsame Rufer. Die immer mehr aufgedeckten Vorkommnisse zeigen, Kolleginnen und Kollegen: was in deutschen Schlachtbetrieben passiert, ist unwürdig!

Diese Branche muss endlich aus dem Gerede kommen – und das geht nur durch Beseitigung der Werkverträge, durch Anhebung der Löhne auf das europäische Niveau der Nachbarländer, und wenn das nicht über einen Tarifvertrag geht, dann durch einen gesetzlichen Mindestlohn.

Wir freuen uns darüber, dass wir in Verhandlung über einen Mindestlohn in der Branche stehen. Wir wissen auch, dass die Arbeitgeber nicht ganz freiwillig kommen und die Politik ihnen gewaltig auf die Finger schaut. In diesem Zusammenhang richten wir ein großes Dankeschön an die niedersächsische Landesregierung unter Stefan Weil – ohne ihre Initiative wären diese Verhandlungen nicht zustande gekommen.

Klar ist für uns: in der gesamten Branche muss der Betrag von 8,50€ stehen, ob in Ost oder in West – und zwar ohne Stufenplan!

Das ist ein Baustein, mit dem die Branche aus dem Gerede kommen kann.

Die Skandalmeldungen bestätigen eine weitere Forderung unserer NGG: Informanten müssen geschützt werden. Wir brauchen eine klare gesetzliche Regelung, dass Beschäftigte anonym die Missstände anzeigen können und auch anonym bleiben, damit sie durch die Arbeitgeber nicht stigmatisiert werden. Das jüngste Beispiel einer Geflügelschlachtereie in

Bad Bentheim, wo zwei Kollegen gekündigt wurde, weil sie einen Missstand zur Anzeige gebracht haben, zeigt deutlich, wie dringend wir einen Informantenschutz brauchen.

Ich möchte wiederholen, was ich gestern in der Vorstellung gesagt habe, wir sind stolz auf die Lebensmittel, die wir produzieren, aber wir möchten auch stolz sein können! Dazu gehört die Ausgewogenheit von Ökonomie, Ökologie und sozialen Standards, dazu gehört auch Transparenz in der Werbung: die Trends gehen zu regionalen Lebensmitteln, und zu fair gehandelten Lebensmitteln – da darf man als Verbrauchende erwarten, dass kein „Greenwashing“ - also das Vorspielen falscher Tatsachen - betrieben wird.

Hier erwarten wir, dass die Unternehmen sich einer Selbstverpflichtung unterziehen.

Wir werden damit rechnen müssen, dass die Rohstoffpreise für unsere Lebensmittel in der Zukunft kaum sinken bzw. sogar steigen werden. Die Klimaveränderung führt zu Ernteaussfällen auf der ganzen Welt. Da brauchen wir gar nicht weit schauen, denn der sintflutartige Regen bei uns im Frühsommer hat auch hierzulande ganze Kartoffelernten vernichtet.

Aber auch der weltweit veränderte Ackeranbau zu Gunsten von Biotreibstoffen trägt zu wachsenden Rohstoffpreisen bei.

Und nicht zuletzt muss auch bei den Verbrauchenden – also bei uns allen - ein Umdenken stattfinden. Kaum eine andere europäische Bevölkerung spart so sehr beim Kauf von Lebensmitteln wie wir Deutschen. Wir schütten lieber teures Öl in unsere Motoren und gießen dann billiges auf unseren Salat.

Doch der Preisdruck durch den Lebensmitteleinzelhandel schlägt eben voll auf uns zurück. Und das spüren wir nicht zuletzt auch bei Tarifverhandlungen, wenn es darum geht, gute Bedingungen für die Beschäftigten abschließen zu wollen. Gute Lebensmittel kosten ihr Geld. Auch das gilt es in die öffentliche Diskussion zu bringen.

Kommen wir zum Gastgewerbe: wir haben einen richtigen Weg eingeschlagen, denn 5.000 Mitglieder mehr in den vergangenen fünf Jahren zeigen, dass wir gute Arbeit leisten.

Dies wollen wir weiter fortsetzen – wir brauchen noch mehr Mitglieder: bis zum Ende des Jahrzehnts wollen wir die 50.000 Mitglieder-Marke erreichen. Dazu gilt es die Frage der Betreuungsstrukturen voran zu treiben und die Ergebnisse aus der Zukunftsstudie programmatisch weiter entwickeln. Es wird darum gehen unsere Rolle in der Branche als gestaltende Kraft zu festigen und auszubauen. Die Bedingungen für die Beschäftigten sind hart und die Bezahlung schlecht – es wird uns darum gehen müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Qualität unserer Tarifpolitik über die Messlatte des gesetzlichen Mindestlohns hinaus zu entwickeln, denn Mindestlohn ist immer noch Niedriglohn.

Das ist Herausforderung genug, aber wir gehen noch weiter: Wir werden aktiv dafür eintreten, dem Gastgewerbe ein positives Image in der Bevölkerung zu verschaffen – als Branche, die einen Wandel zu Sozialstandards, zu Mitbestimmung der Beschäftigten über Betriebsräte, zu qualitativer Tarifpolitik mit einem hohen Durchdringungsgrad in die Branche vollzieht – ohne OT-Mitgliedschaften. Wir werden die „besten Arbeitgeber“ der Branche ermitteln und auszeichnen – mit einem sozialen Gütesiegel.

Nur damit hat die Branche im Wettbewerb um junge Menschen und gut ausgebildete Fachkräfte eine Chance und wir bieten den Arbeitgebern an, mit uns gemeinsam eine Imagekampagne für diese Ziele zu initiieren.

(NGG voran)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den vergangenen fünf Jahren waren wir mit unserer Mitgliederentwicklung erfolgreich, wir haben im erwerbstätigen Bereich deutlich zugelegt. Diese erfreuliche Entwicklung ist gut, sie sichert uns die Eigenständigkeit genauso wie den politischen Einfluss und die notwendigen Mittel, um die Interessen unserer Mitglieder voran bringen zu können.

Das heißt aber nicht, dass wir sorglos in die Zukunft blicken können – wir haben ja auch von der wirtschaftlichen Entwicklung und der Stützung der Binnennachfrage nach der Finanzkrise profitieren können. Wie sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren fortsetzen wird, ist noch nicht abzusehen.

Bei einem Konjunkturbruch ist nicht auszuschließen, dass wir wieder Mitglieder verlieren. Dafür gilt es uns zu wappnen, wir müssen unsere in den letzten Jahren aufgebaute Erfahrung in der Erschließungsarbeit weiter entwickeln.

Mitgliederwerbung wird für uns immer eine zentrale Aufgabe bleiben. Wir müssen in unseren Branchen offensiv um die Erschließung neuer Betriebe kämpfen – und wir haben doch das Potenzial.

Wir sprechen von 600.000 Beschäftigten in der Ernährungsindustrie und noch viel mehr im Gastgewerbe, die noch NGG-Mitglieder werden können. Für ihre Gewinnung müssen wir unsere Ressourcen weiter bündeln.

Ziel sollte sein, sowohl in der Industrie als auch im Gastgewerbe in einem überschaubaren Zeitraum unseren Mitgliederanteil kontinuierlich weiter zu steigern. Was spricht dagegen nicht nur im Gastgewerbe netto 10.000 Mitglieder mehr bis 2020 zu gewinnen, sondern auch in den Industriebranchen?

Und das sage ich nicht nur aus Eigennutz für die Eigenständigkeit unserer NGG – ich sage das auch, weil dies unser Beitrag sein muss zur Bekämpfung der zunehmend sich ausbreitenden prekären Arbeitsverhältnisse: unser gewerkschaftlicher Einfluss in den Betrieben ist die Basis, um in der Gesellschaft Druck ausüben zu können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Um dieses Ziel zu erreichen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir unsere Arbeitsweise auf den Prüfstand stellen, und – das sage ich gleich vorweg, um keine falschen

Schlussfolgerungen zu fördern – dieses unter der Maßgabe des dreigliedrigen Aufbaus und der dezentralen Struktur.

Wir müssen herausarbeiten, wo wir Stärken besitzen und diese weiter ausbauen. Wir müssen herausarbeiten, wo wir Schwächen haben – und was wir tun können, um sie abzubauen.

Stärken ausbauen, Schwächen abbauen: Dazu gilt es herauszuarbeiten, wie sich Anforderungen unserer Mitglieder entwickeln – denn wir müssen unsere Arbeitsstrukturen noch deutlicher als bisher auf die Bedürfnisse der Mitglieder ausrichten. Wir stellen fest, wir haben immer mehr Mitglieder, die aus einem Betrieb ohne Betriebsrat kommen, wir haben immer mehr Mitglieder, die unseren Rat im Internet suchen und über unsere Webseite Mitglied werden. Diesen Trend können wir nicht ignorieren, aber wir können die Auswirkungen mit unserer bisherigen klassischen Arbeitsstruktur nicht durchweg auffangen.

Ein weiteres Beispiel: Wir haben Betriebsräte im Industriebereich mit anderen Fragen als Betriebsräte im Gastgewerbe, wir haben Betriebsräte, die im Betrieb unangefochten tätig sein können und Betriebsräte, die ihre Stellung noch oder stets und ständig neu behaupten müssen.

Wir müssen Antworten finden, wie die Betreuung unserer Mitglieder und unserer Betriebsräte erfolgen soll, wenn in der Region nur eine Geschäftsführerin oder ein Geschäftsführer tätig ist, oder wenn in einer Region überaus viel Potenzial zu entwickeln ist, sie vom Personalschlüssel aber begrenzte Ressourcen erhalten.

Wir werden nicht – wie ein Antrag es formuliert – in allen Regionen das Personal aufstocken können, das würden wir nicht lange durchhalten, aber wir müssen uns überlegen, wie die Arbeit strukturiert werden soll, das wollen wir gemeinsam auf den Weg bringen – die Vorschläge, die dazu entwickelt werden sollen, wollen wir spätestens 2015 miteinander diskutieren.

Wir müssen überdenken, auf welchen Wegen wir mit unseren Mitgliedern kommunizieren – unser Internetauftritt ist frisch renoviert, unsere Facebookseiten haben Zulauf – dann haben wir noch die Einigkeit und den Newsletter – alles bedeutet Arbeit, doch nicht alles interessiert jedes Mitglied. Aber jedes Mitglied soll die Möglichkeit haben, die Informationen von NGG zu bekommen, die es möchte. Wir haben dazu viele Konzepte entwickelt und viele übersteigen unsere Ressourcen. Es wird darum gehen eine Art Kompetenzcenter für unsere Kommunikation zu schaffen, um dort kommunikative Prozesse im Dialog mit den Mitgliedern zu steuern.

In diese Diskussion muss die Frage einfließen, wie unsere Mitglieder bei NGG in Zukunft mitwirken sollen. Wir brauchen Aktive, wir brauchen ehrenamtliche Funktionärinnen und Funktionäre in den Betrieben.

Wir haben viele engagierte Kolleginnen und Kollegen, doch wir brauchen noch mehr. Deshalb sollten wir auch unsere Strukturen der ehrenamtlichen Arbeit auf den Prüfstand stellen:

- Sind unsere Angebote noch zeitgemäß?
- Wenn nein, was wäre ein attraktives Angebot zum Aktiv-Werden?
- Können wir die Aktivphasen aus der JungenNGG in die späteren Lebensphasen weiter führen?
- Welche Auswirkungen hat der demografische Wandel auf unsere ehrenamtliche Arbeit?
- Welche Mitgliedergruppen sollten wir neben Jugend und Frauen berücksichtigen?

Klar ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, in unsere aktiven Mitglieder müssen wir aktiv investieren – über viele Bildungsangebote, wir brauchen politisch gut ausgebildete Kolleginnen und Kollegen, die einem medialen Meinungsbild auch einen gut formulierten

gewerkschaftlichen Standpunkt entgegen setzen können, für die Diskussion in den Betrieben, aber auch im eigenen Privatleben. Dafür müssen wir ein Konzept entwickeln.

– Und wir müssen auch mehr für unsere Arbeit bei NGG als Hauptamtliche werben und interessierte Kolleginnen und Kollegen aus den Branchen dafür begeistern. Deshalb werden wir die gewerkschaftliche Bildungsarbeit noch stärker in das Zentrum unserer Arbeit rücken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Franz-Josef Möllenberg hat als Vorsitzender unserer NGG das Ehrenamt gestärkt. Unser Verhältnis zwischen Ehrenamt und Hauptamt ist gut.

Ehrenamtliche entscheiden bei NGG in allen wichtigen politischen Fragen, allen voran ihr als Delegierte des Gewerkschaftstages – und die Hauptamtlichen setzen eure Entscheidungen um, bereiten sie aber auch inhaltlich so vor, dass ihr in der Lage seid das Für und Wider abzuwägen.

So soll es bei NGG bleiben, dafür stehe ich ein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich stehe für eine aktive Rolle der NGG im DGB. Die Organisationsreform des DGB hat zu einer neuen Aufteilung der gewerkschaftlichen Arbeit vor Ort geführt – und immer öfter bekommen wir zu hören, dass die Stimme des DGB neben den Stimmen von IG Metall, ver.di und BCE – also den drei großen Einzelgewerkschaften – leiser geworden sei. Wie dem auch sei: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die NGG steht zum DGB, er ist als Dachverband wichtiger denn je für die Bündelung der Interessen seiner acht Mitgliedsgewerkschaften. Wir müssen seine Rolle festigen und stärken, und klar muss sein: er ist auch Dach für die großen! Die Gewährleistung des Rechtsschutzes für unsere Mitglieder, seine Präsenz im Bund und in den Ländern und seine Erfahrung in politischen Bereichen, in denen wir kleineren Gewerkschaften keine personellen Ressourcen halten können: das dürfen wir nicht aufgeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere NGG ist stark. Und ich bin sicher, dass wir gemeinsam alles dafür tun werden, damit sie noch stärker wird. Der Ausbau unserer

Mitgliederbasis – aktive Tarifpolitik und Festigung der Tarifbindung – Kampf um eine aktivere Rolle des Sozialstaats und Bekämpfung von Altersarmut durch Stärkung der gesetzlichen Rente und eine neue Ordnung der Arbeit – Europa als Projekt des Friedens zu einer Institution für die Menschen machen – den demografischen Wandel bewältigen und Gute Arbeit in allen unseren Branchen: Wir werden den Herausforderungen, die uns erwarten, auch zukünftig geschlossen und mutig begegnen. Vielleicht machen wir dabei auch Fehler, darüber werden wir dann sprechen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir unsere Aufgaben meistern. Denn gemeinsam mit euch braucht uns vor keiner noch so hohen Hürde bange sein. Ihr seid der Garant dafür, dass wir gemeinsam das schaffen. Und dass unsere NGG auch in Zukunft die älteste und modernste Gewerkschaft der Welt bleibt, eine Perle unter den Gewerkschaften – und etwas, worauf wir immer stolz sein können, beim 150jährigen Geburtstag und bei allen, die danach kommen werden. - Danke